



HESSISCHER LANDTAG

01. 03. 2023

INA

Berichtsantrag

Fraktion der Freien Demokraten

Fachkräftemangel im Bereich der kommunalen Aufgabenwahrnehmung

Im öffentlichen Sektor arbeiten bundesweit mehr als 5 Mio. Menschen, viele davon in kommunalen Verwaltungen sowie kommunalen Unternehmen und Einrichtungen. Die Aufgaben der Kommunen erweitern und verändern sich permanent. Dies führt zu einem erhöhten Fachkräftebedarf auf unterschiedlichsten Leistungsebenen und in vielfältigen Tätigkeitsfeldern. Der insgesamt bestehende Fachkräftemangel führt dazu, dass viele Stellen nicht besetzt werden können. Dadurch wird die Weiterentwicklung der Verwaltung stark beeinträchtigt. Zugleich wirkt sich in den kommunalen Institutionen der demographische Wandel immer stärker aus. In den kommenden Jahren werden immer mehr Beschäftigte in den Ruhestand gehen. Dieser Trend verschärft die Engpässe bei den verfügbaren Arbeitskräften in den kommunalen Verwaltungen. Erschwerend wirkt sich bei der Akquise von Fachkräften noch aus, dass die aufgrund von Stellenbewertungen und auf Grundlage des TVöD gezahlte Vergütung oftmals nur einem Bruchteil des in der freien Wirtschaft zu erzielenden Gehalts entspricht. Dem zu begegnen kann nur durch eine Gemeinschaftsleistung der Kommunen und des Landes gelingen.

Die Landesregierung wird ersucht, im Innenausschuss (INA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Hat die Landesregierung Kenntnis darüber, wie viele Stellen die genehmigten Stellenpläne der Kreise, kreisfreien Städte und kreisangehörigen Gemeinden in ihren Haushalten für das Haushaltsjahr 2022 ausweisen?
 - a) bezogen auf Beamtenstellen
 - b) bezogen auf Angestelltenstellen
 - c) bezogen auf Stellen im Sozial- und Erziehungsbereich
 - d) bezogen auf Eigenbetriebe und Zweckverbände
 - e) bezogen auf kommunale Unternehmen (z.B. Kreis- und Stadtwerke)
2. Wenn nein: Ist die Erhebung der vorgenannten Daten durch die Landesregierung angeordnet?
3. Hat die Landesregierung Kenntnis darüber, wie viele Stellen gemäß der genehmigten Stellenpläne der Kreise, der kreisfreien Städte und kreisangehörigen Gemeinden zum 30.06.2021 nicht besetzt waren (absolut und in Prozent)?
 - a) bezogen auf Beamtenstellen
 - b) bezogen auf Angestelltenstellen
 - c) bezogen auf Stellen im Sozial- und Erziehungsbereich
 - d) bezogen auf Eigenbetriebe und Zweckverbände
 - e) bezogen auf kommunale Unternehmen (z.B. Kreis- und Stadtwerke)
4. Für wie viele der unter 3. genannten Stellen wurde nach Kenntnis der Landesregierung bereits ein erfolgloses Stellenbesetzungsverfahren durchgeführt?
5. Wie viele Fachkräfte haben im Jahr 2022 die kommunalen Verwaltungen verlassen, um außerhalb des öffentlichen Sektors eine Anstellung zu finden?
6. Wie viele Fachkräfte haben im Jahr 2022 eine kommunale Verwaltung verlassen, um in einer anderen kommunalen Verwaltung eine Anstellung zu finden?

7. Wie viele Ausbildungsplätze wurden in den Kommunen und Kreisen im Jahr 2022 angeboten und wie viele dieser Ausbildungsplätze sind aktuell besetzt?
8. Welche Ausbildungsberufe, die von den Kommunen angeboten werden, können derzeit nur unvollständig besetzt werden?
9. Welche Stellen für akademisch vorgebildete Beschäftigte können derzeit nur unzureichend besetzt werden (aufgeschlüsselt nach akademischer Fachrichtung)?
10. Beobachtet die Landesregierung eine Veränderung beim Qualifikationsniveau von Bewerbern auf Stellen in den Kommunen und wie bewertet die Landesregierung diese Veränderung mit Blick auf die fehlenden Stellenbesetzungen?
11. In welchen Fachbereichen (z.B. allgemeine Verwaltung, IT-Experten, Handwerksleistungen etc.) sind besonders hohe Unterdeckungen bei den Stellebesetzungen festzustellen?
12. Hat die Landesregierung Erkenntnisse darüber, ob es Unterschiede beim Fachkräftemangel zwischen der Kernverwaltung und kommunalen Gesellschaften gibt? Falls ja: Worauf sind diese Unterschiede zurückzuführen?
13. Wie bewertet die Landesregierung die zunehmende Problematik, offene Stellen in den Kommunalverwaltungen nicht sachgerecht besetzen zu können?
14. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um die Arbeitsfähigkeit der Kommunen durch eine adäquate Stellenbesetzung und Fachkräfteentwicklung aufrecht erhalten zu können?
15. Wie bewertet die Landesregierung den Appell der kommunalen Spitzenverbände, in Anbetracht des steigenden Fachkräftemangels auf kommunaler Ebene alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um neue personaltrüchtige Aufgaben nicht noch zusätzlich den Kommunen zuzuordnen?
16. An welchen Stellen beabsichtigt die Landesregierung, durch die Rücknahme von Aufgaben oder den Verzicht auf Aufgaben die Kommunen zu entlasten, um den Fachkräftemangel abzumildern?
17. Welche Möglichkeiten der Entlastung von kommunalen Verwaltungen sieht die Landesregierung durch die Verkürzung und Vereinfachung von Planungs- und Genehmigungsverfahren in allen Fachgebieten?
18. Wo ergeben sich besonders hohe Potentiale der Entlastung und welche Initiativen ergreift die Landesregierung, um diese zu heben?
19. Wie bewertet die Landesregierung die Verdienstmöglichkeiten für kommunale Beschäftigte im Vergleich zu Beschäftigungsmöglichkeiten mit gleicher Qualifikation außerhalb des öffentlichen Sektors?
20. Hat die Landesregierung Erkenntnisse, dass die Systematik der Stellenbewertungen und der damit verbundenen Aufstiegsmöglichkeiten sich hinderlich bei der Gewinnung von Fachkräften auswirkt?
21. Falls ja: Welche Gegensteuerungsmöglichkeiten bieten sich aus Sicht der Landesregierung?
22. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, um eine Beschäftigung im öffentlichen Sektor attraktiver und damit wettbewerbsfähiger zu gestalten?
23. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, um durch Digitalisierung und interkommunale Zusammenarbeit den Fachkräftemangel abzumildern?
24. Welche Initiativen beabsichtigt die Landesregierung in diesem Zusammenhang zu starten?
25. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, sogenannte Quereinsteiger für Berufe der kommunalen Verwaltung zu gewinnen und welche Voraussetzungen müssen hierfür geschaffen werden?

26. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, durch eine Verkürzung von Ausbildungszeiten mit anschließender Weiterqualifikation im Beruf die Attraktivität von kommunalen Tätigkeiten zu steigern und welche Maßnahmen bieten sich hier insbesondere im Bereich der Sozial- und Erziehungsberufe?

Wiesbaden, 1. März 2023

Der Fraktionsvorsitzende:
René Rock